

Studierendenschaft der Universität Hamburg

Vorlage 2526/033.01

- Studierendenparlament -

Wahlperiode 2025/2026

19. November 2025

Unterrichtung durch das Präsidium des Studierendenparlamentes

Der Hauptausschuss hat sich in seiner Sitzung am 19. November 2025 auf Grundlage eines Sachantrags auf Vorlage 2526/033 in Verbindung mit einem Sachantrag auf Vorlage 2526/039 für folgende Beschlussempfehlung für das Studierendenparlament ausgesprochen:

Für eine nachhaltige Finanzierung von Bildung und Wissenschaft

Sachlage:

Die Universität Hamburg steht vor gravierenden Einschnitten infolge einer von Behörde, Senat und Bürgerschaft verordneten Kürzungsrunde: 4,5 % des Jahresetats in den Fakultäten und 5 % in der Präsidialverwaltung. Bereits jetzt sind deutliche Folgen spürbar – von gekürzten Tutorien über eingeschränkte Öffnungszeiten der Bibliotheken bis hin zum Wegfall studentischer Beschäftigungen, sinkender Lehrqualität und unbesetzten Professuren. Eine langjährige strukturelle Unterfinanzierung durch Inflation, steigende Studierendenzahlen, und gestiegenen Aufgaben und auf der anderen Seite stagnierende Grundmittel wird kurzfristig durch zusätzliche Mehrbedarfe, insbesondere für IT-Sicherheit nach vermehrten Cyberangriffen deutlich verschärft. Rücklagen und Corona-Hilfen sind aufgebraucht; eine Lösung durch die Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung zeichnet sich nicht ab. Die Last der Unterfinanzierung tragen vor allem Studierende und Beschäftigte, deren Studien-, Arbeits- und Lehrbedingungen sich zunehmend verschlechtern. Um den Bildungs- und Wissenschaftsauftrag der Universität zu sichern, ist eine deutliche Erhöhung der staatlichen Mittel unerlässlich. Innerhalb der Studierendenschaft sind von sich aus in vielen Fachbereichen Proteste entbrannt.

Das Studierendenparlament möge beschließen:

Wir fordern die politisch Verantwortlichen auf, umzulenken!

- Um das Angebot der Universität in ihrer jetzigen Form zu erhalten und ihre Weiterentwicklung sicherzustellen, braucht es jetzt schnell eine Lösung der Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung sowie der Finanzbehörde. Wir fordern:
 - die Übernahme der Mehrkosten, die durch die gestiegenen Energie- und Personalkosten angefallen sind und noch anfallen werden.
 - kurzfristig verbindliche Zusagen für die Mittel, die zur Erbringung der vereinbarten Leistungen notwendig sind.
 - mittelfristig eine jährliche Anpassung der Zuweisungen an die Universität im Umfang des tatsächlichen Kaufkraftverlusts durch Tarifentwicklungen und Inflationseffekte.
 - langfristig über eine Aufstockung der Grundmittel zu verhandeln.

Wir organisieren uns!

- Das Studierendenparlament fordert sein Präsidium auf, für den 02.12.2025 um 12:00 eine universitätsweite studentische Versammlung einzuberufen. In der

Vorbereitung sollen durch den AStA Informationen zur finanziellen Lage der Universität zusammengetragen werden und auf der Versammlung verständlich dargestellt werden. Das StuPa-Präsidium soll unter Mitwirkung des AStAs Studierende informieren und es soll eine Plattform für Diskussion, Austausch und Planung von Aktivitäten angeboten werden.

- Die Notlage, in der sich unsere Universität befindet, beschäftigt nicht nur die Studierenden, sondern auch die Beschäftigten des technischen, Verwaltungs- und akademischen Personals sowie die Professor*innen. Das Studierendenparlament unterstützt deswegen:
 - die Stellungnahme des Akademischen Senats vom 3. Juli 2025
 - den Beschluss der Personalversammlungen vom 13.11. und 14.11.2025
- Wir solidarisieren uns mit allen studentischen Beschäftigten und kämpfen für bessere und sicherere Arbeit mit einer gerechten Entlohnung! TVStud für alle!

Wir fordern Transparenz und Mitbestimmung!

- Damit wir wirksam für eine bessere Finanzierung kämpfen können, muss das Uni-Präsidium den wiederholten Aufforderungen verschiedener Gremien Folge leisten und größere Transparenz herstellen, z.B. darüber,
 - wie hoch der Realverlust des vorhandenen Universitätsbudgets zwischen 2020-2025 tatsächlich ist.
 - wie hoch das Defizit im aktuellen Haushaltsjahr ist.
 - wie sich in den Fachbereichen schon jetzt die Vakanzhaltungen oder Streichungen von Stellen sowie Kürzungen der Sachmittel auswirken.
- Für den „Prozess zur strukturellen Weiterentwicklung der Universität“ fordert das Studierendenparlament alle Verantwortlichen in den Teilprojekten dringend dazu auf, keiner Planung zuzustimmen, die eine strukturelle Unterfinanzierung hinnimmt und in Strukturabbau umsetzt. Auch kleinere Studiengänge sind es wert, erhalten und gefördert zu werden – gleiches gilt für kleinere Schwerpunkte in größeren Fächern. Sparsbemühungen der Hochschulen werden nicht im Gegenzug zu einer besseren staatlichen Mittelausstattung führen, sondern nur zu noch mehr Einschränkungen der öffentlichen Finanzierung. Wir rufen alle auf, sich stattdessen mit uns für die notwendige Erhöhung des Grundetats zu engagieren. In jedem Fall müssen in allen Teilprojekten auch Stimmen der Verfassten Studierendenschaft gehört werden!
- Das Studierendenparlament schlägt vor, den akademischen Senat als Kontrollorgan dieses Prozesses einzusetzen, um Entscheidungen weiter zu demokratisieren. Ein entsprechender Antrag soll durch die studentischen Vertreter*innen im Akademischen Senat eingebracht werden.

Begründung

Die der Universität aufgezwungene Kürzungsrunde von 4,5 % des Jahresetats in Fakultäten und 5% in der Präsidialverwaltung bedeutet schwerwiegende Einschnitte. Obwohl die größten Kürzungen noch vor uns liegen, wie der Unipräsident im Akademischen Senat betonte, sind die Folgen bereits jetzt überall spürbar: In der Rechtswissenschaft werden wichtige Tutorien gekürzt, die Bibliotheken haben reduzierte Öffnungszeiten, Studentische Hilfskräfte und -angestellte werden nicht weiter beschäftigt, die Lehrqualität sinkt, wichtige Professuren werden vakant gehalten, was zur Streichung ganzer Schwerpunkte führt.

Die Unterfinanzierung der Uni Hamburg wird auf die Schultern der Angestellten und der Studierenden abgewälzt, das verschlechtert die Lebens-, Studien-, Arbeits- und Lehrbedingungen aller Mitglieder.

Seit Jahrzehnten müssen mit gleichen (oder nur minimal steigenden) Mitteln immer mehr Aufgaben erfüllt werden. Diese Kostenschere wird durch die hohe Inflation verstärkt – ein Realverlust in Millionenhöhe, über dessen genauen Wert das Unipräsidium bisher schweigt. Inzwischen kann die Uni diesen Realverlust nicht mehr durch Rücklagen und Coronahilfen ausgleichen und wird von der Politik vor vollendete Tatsachen gestellt, die bisher nichts unternommen hat, um der Uni aus dieser Lage zu helfen.

Es ist unausweichlich, der Universität mehr Mittel zur Verfügung zu stellen, soll sie ihren wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Wert behalten.

Dass die Lage so überraschend so brenzlich wurde, hängt nicht nur mit der hohen Inflation und Tarifabschlüssen zusammen, sondern vor allem mit Mehrbedarfen von über €10 Mio. für IT-Sicherheit, nachdem die Uni vermehrt Opfer von Cyber-Attacken wurde. Für Studierende macht sich die gestiegene Sicherheit z.B. durch die Einführung der Zwei-Faktor-Authentifizierung bemerkbar. Diese Kosten sollten kurzfristig von der Stadt übernommen werden.

Hinter diesen kurzfristigen Effekten steht jedoch eine größere „strukturelle Unterfinanzierung“, wie Hauke Heekeren es treffend bezeichnet hat. Die Unterfinanzierung der deutschen Hochschulen rührt aus den wachsenden Studierendenzahlen und wachsenden Aufgaben bei seit den 1970er Jahren eingefrorenen - und damit sinkenden - staatlichen Mitteln. Während noch im Jahr 1992 die Hochschulen 13.000 Euro staatliche Grundmittel je Student*in erhielten, waren es im Jahr 2017 nur noch 7.140 Euro.

Die Gespräche zwischen Unipräsidium und der Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung (BWFG) waren bisher nicht erfolgreich. Es konnte nicht nur keine langfristige Perspektive, sondern nicht einmal eine kurzfristige Lösung der aktuellen Probleme gefunden werden. Es ist unsere Überzeugung, dass die Zeit jetzt reif ist, laut zu werden und sich zu organisieren. Dazu wollen wir uns mit allen anderen Mitgliedsgruppen sowie dem Unipräsidium zusammentun.

Ein erster Schritt dahin kann eine universitätsweite studentische Vollversammlung sein, die wir im Anschluss an die Personalversammlung organisieren wollen. Dort wollen wir die Studierenden auf den neuesten Stand bringen, Informationen austauschen und Protest organisieren. Denn klar ist auch: Der Kampf um eine nachhaltige Finanzierung von Bildung und Wissenschaft wird uns auch im kommenden Jahr weiter beschäftigen. Das Unipräsidium plant einen Strukturprozess, dem mit großer Sicherheit kleinere Studiengänge zum Opfer fallen werden. Wir fordern den Erhalt der Lehre und Mitsprache beim Strukturprozess!